



Niederschrift

2. öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung

Sitzungstermin:	Donnerstag, 22.01.2009
Sitzungsbeginn:	18:00 Uhr
Sitzungsende:	21:28 Uhr
Ort, Raum:	Stadthaus, Friedrich-Ebert-Str. 79/81, Raum 3.025

Anwesend sind:

Herr Gruschka, Jens	DIE LINKE	anwesend bis 20:45 Uhr (TOP 4.1)
Herr Jäkel, Ralf	DIE LINKE	
Frau Oldenburg, Brigitte	DIE LINKE	
Herr Dr. Schlomm, Herbert	DIE LINKE	
Herr Klamke, Volker	SPD	anwesend bis 21:15 Uhr (TOP 4.2)
Herr Dr. Seidel, Christian	SPD	Sitzungsleitung
Herr Dr. Wegewitz, Hagen	SPD	
Herr Dünn, Hans-Wilhelm	CDU/ANW	
Herr Rietz, Klaus	CDU/ANW	
Herr Naber, Nils	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Utting, Brian	FDP/Familienpartei	
Herr Becker, Hans		
Herr Dörschel, Jens	Grüne/B90	
Herr Engler, Steffen	FDP/FP	anwesend bis 19:30 Uhr (TOP 3.4)
Herr Henning, Tino	DIE LINKE	
Herr Krause, Marcus	SPD	
Frau Lentz, Elke	SPD	
Herr Michalske, Hans-Peter	SPD	
Herr Schwarze, Wolfgang	DIE LINKE	
Herr Vogel, Andreas	DIE LINKE	
Frau Müller, Elona	Beigeordnete	

Nicht anwesend sind:

Herr Goericke, Stefan	CDU/ANW	entschuldigt
Herr Kleinert, Manfred	Aktionsbündnis N/W	nicht anwesend

Gäste:

Frau Kluge, Marina	Fachbereich Ordnung und Sicherheit
Herr Ernst, Andreas	Fachbereich Soziales, Gesundheit und Umwelt
Frau Schacht, Sarah	ViP
Herr Butzmann, Gunther	Bereich Friedhöfe
Herr Goetzmann, Andreas	Fachbereich Stadtplanung und Bauordnung
Herr Schenke, Thomas	Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen
Herr Willuhn, Olaf	TLG Immobilien
Frau Schwarz, Beate	Behindertenbeirat

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung und Feststellung der Beschlussfähigkeit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Bestätigung der Tagesordnung / Bestätigung der Niederschrift vom 26.11.2008
- 2 Präsentation der Siegerbilder des ViP Kinder-Malwettbewerbs im Rahmen der Qualitätsinitiative "Mehr Service für Potsdam - sauber, sicher, lebenswert"
- 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
 - 3.1 Friedhofssatzung der Landeshauptstadt Potsdam
Vorlage: 08/SVV/0806
Oberbürgermeister, FB Grün- und Verkehrsflächen
- Wiedervorlage -
 - 3.2 Parken außerhalb der Marktzeiten auf dem Bassinplatz
Vorlage: 08/SVV/0949
Fraktion CDU/ANW
- Wiedervorlage -
 - 3.3 Sommertarife für Erdwärme
Vorlage: 08/SVV/0968
Fraktion FDP/Familien-Partei
- Wiedervorlage -
 - 3.4 Konzepte zur Prüfung der Verbesserung der Energieeffizienz und Umsetzungsmöglichkeiten von Contracting
Vorlage: 08/SVV/0969
Fraktion FDP/Familien-Partei
- Wiedervorlage -
 - 3.5 Vereinbarung von Prioritäten für die Verbindliche Bauleitplanung, hier: Aktualisierung der Prioritätenfestlegung
Vorlage: 08/SVV/0991
Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Bauordnung
 - 3.6 Anwohnerparkplätze Auf dem Kiewitt
Vorlage: 08/SVV/1009
Fraktion DIE LINKE
 - 3.7 Aufstellungsbeschluss zum Bebauungsplan Nr. 119 "Auf dem Kiewitt"
Vorlage: 08/SVV/1014
Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Bauordnung
 - 3.8 Aufstellungsbeschluss zur 4. Änderung des Bebauungsplans Nr. 41 "Medienstadt Babelsberg"
Vorlage: 08/SVV/1016
Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Bauordnung
 - 3.9 Garagenstandortkonzept
Vorlage: 08/SVV/1026
Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Bauordnung
 - 3.10 ÖPNV-Potenziale besser erschließen
Vorlage: 08/SVV/1046
Fraktion DIE LINKE
 - 3.11 Durchgangsweg zwischen Habichtsweg und Kirschallee
Vorlage: 08/SVV/1051
Fraktion FDP/Familienpartei

- 4 Mitteilungen der Verwaltung
- 4.1 Fahrradtauglichkeit für Uferweg Leipziger Straße bis Hermannswerder
Vorlage: 08/SVV/1070
Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Bauordnung
- 4.2 Gebühren für die Abwasserentsorgung
Vorlage: 08/SVV/1093
Oberbürgermeister, FB Grün- und Verkehrsflächen
- 5 Berichte und Informationen
- 5.1 Prüfergebnis zur DS 08/SVV/0964 - Umwidmung der Straße "Am Sandberg"
- 5.2 Feinstaubmessung auf der Zeppelinstraße
- 6 Sonstiges

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 **Eröffnung und Feststellung der Beschlussfähigkeit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Bestätigung der Tagesordnung / Bestätigung der Niederschrift vom 26.11.2008**

Begrüßung und Eröffnung der Sitzung durch den Ausschussvorsitzenden, Herrn Dr. Christian Seidel. Zu Beginn der Sitzung sind 10 von 11 stimmberechtigten Mitgliedern anwesend. Somit ist der Ausschuss beschlussfähig.

Es erfolgt eine kurze Vorstellungsrunde aller Ausschussmitglieder.

Herr Dr. Seidel bittet die Ausschussmitglieder um Verständigung zur Sitzordnung im KOUL-Ausschuss. Falls mehrheitlich gewünscht, ist aus seiner Sicht auch möglich, dass zukünftig Stadtverordnete und sachkundige Einwohner fraktionsweise zusammen sitzen, um eine Verständigung zu den einzelnen Drucksachen zu ermöglichen. Nach kurzer Diskussion wird dies zur Abstimmung gestellt.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 10

Ablehnung: 0

Stimmenthaltung: 1

Dem Vorschlag zur fraktionsweisen Sitzordnung wird zugestimmt.

Bestätigung der Tagesordnung

Herr Dr. Seidel informiert, dass ihm Anträge auf Rederecht zu Tagesordnungspunkt 3.1 (DS 08/SVV/0806 – Friedhofssatzung) von Fa. Spillner und zu Tagesordnungspunkt 3.7 (DS 08/SVV/1014 Aufstellungsbeschluss zum Bebauungsplan Nr. 119 "Auf dem Kiewitt") von Herrn Willuhn (TLG Immobilien) vorliegen.

Zur Erteilung des Rederechtes erhebt sich kein Widerspruch. Der vorliegenden Tagesordnung wird zugestimmt.

Bestätigung des Protokolls vom 26.11.2008

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 9

Ablehnung: 0

Stimmenthaltung: 2

Dem Protokoll wird zugestimmt.

zu 2 Präsentation der Siegerbilder des ViP Kinder-Malwettbewerbs im Rahmen der Qualitätsinitiative "Mehr Service für Potsdam - sauber, sicher, lebenswert"

Frau Schacht (ViP) stellt das Projekt und die drei Siegerbilder vor.

Aus dem Ausschuss sehen mehrere Mitglieder im Malwettbewerb eine originelle und gelungene Aktion.

Frau Oldenburg fragt, bei wem sich ein Bürger melden kann, der Verschmutzungen an Haltestellen und in den Verkehrsmitteln feststellt.

Frau Schacht erklärt, dass die STEP ein Serviceteam zur Verfügung stellt. Die Servicestelle der ViP ist telefonisch unter 0331-6614 333 zu erreichen.

Herr Dünn macht darauf aufmerksam, dass an den Bushaltestellen in der Großbeerenstraße immer viel Müll liegt. Er regt an, hier Abfallbehälter aufzustellen.

zu 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

zu 3.1 Friedhofssatzung der Landeshauptstadt Potsdam Vorlage: 08/SVV/0806

Herr Butzmann weist auf die ausgereichte Stellungnahme der Verwaltung zu den Änderungsanträgen und Fragen aus der letzten Sitzung hin und regt an, eine Friedhofskommission einzuberufen, in der die einzelnen Punkte diskutiert werden, um im März 2009 eine Neufassung der Satzung vorzulegen.

Herr Dr. Seidel schlägt vor, die Stellungnahme der Verwaltung jetzt kurz zu diskutieren und gegebenenfalls zu signalisieren, an welchen Stellen noch Diskussionsbedarf besteht.

Zu § 5 (4) merkt er an, dass es unabhängig von der Grabpflege auch in der Winterzeit Anlässe gibt, bei denen Menschen auf den Friedhof gehen. Er bittet, dies in die Diskussion der Friedhofskommission aufzunehmen. Auch § 10 (2) sollte in diese Diskussion einbezogen werden.

Bezüglich § 10 (4) fragt er, wie die Hinterbliebenen über den möglichen Spielraum bei der Länge der Trauerfeier informiert werden.

Herr Butzmann antwortet, dass mit den Hinterbliebenen im Zusammenhang der Absprachen zur Trauerfeier auch die Nutzungszeit für die Trauerhalle vereinbart wird. Er macht deutlich, dass es bisher bezüglich der Nutzung der Feierhalle keine Probleme gab.

Herr Rietz stellt fest, dass seine Hinweise ausreichende Berücksichtigung fanden. Er spricht die Anregungen der Familie Spillner an und fragt, wie die Zulassungs-

kriterien der Gewerbetreibenden auf dem Friedhof geregelt sind.

Herr Butzmann erklärt, dass es hierzu keine festgeschriebenen Regelungen gibt. Herr Dr. Seidel empfiehlt, auch dieses in der Friedhofscommission zu thematisieren und gegebenenfalls eine verbindliche Regelung als Anhang zur Satzung aufzunehmen.

Herr Jäkel informiert, dass sich der Ortsbeirat Eiche dazu verständigt hat, dass die bisher gültigen Regelungen für den Friedhof Eiche Gültigkeit behalten sollen.

Herr Dr. Seidel bittet, noch einmal vertieft über die Erweiterung der Arbeitszeit am Samstagvormittag nachzudenken, vorausgesetzt es gibt dagegen kein klares Veto der Ausschussmitglieder. Bezüglich der Schlüsselgewalt macht er auf die nachvollziehbare Stellungnahme der Fa. Spillner aufmerksam. Er bittet, auch dies in der Kommission zu beraten. Auch die Anzahl der Erdbeisetzungen pro Tag sollte in die Beratung einbezogen werden. Dazu erfolgt kein Widerspruch seitens der Mitglieder.

Herr Butzmann macht deutlich, dass die Anzahl der Erdbeisetzungen pro Tag auch ein wirtschaftlicher Aspekt ist, da bei zwei parallel durchgeführten Erdbestattungen die zur Verfügung stehenden Mitarbeiter nicht ausreichend sind. Er weist darauf hin, dass hier überlegt werden muss, dass eine Erhöhung der Zahl der Mitarbeiter dann auch die Gebühren erheblich erhöhen würde.

Herr Rietz betont, dass Beisetzungen nach 13:30 Uhr durch Arbeitszeitverlagerung möglich sein sollten.

Frau Oldenburg macht darauf aufmerksam, dass zwei Erdbestattungen pro Tag nicht parallel stattfinden können, da für jede Trauerfeier die Feierhalle benötigt wird. Zwei Erdbestattungen nacheinander wären ihrer Ansicht denkbar. Sie fragt, in welchem Zeitraum ein Verstorbener bestattet werden muss.

Herr Butzmann erklärt, dass mit Vor- und Nachbereitung einer Erdbestattung ca. 5 Stunden pro Bestattung benötigt werden. Die Bestattung muss innerhalb von 10 Tagen erfolgen.

Bezüglich § 19 (4) bittet Herr Dr. Seidel um die entsprechende Überarbeitung der Kalkulation. Dies sollte ebenso in der Kommission beraten werden. Aus seiner Sicht, kann nicht wegen Problemen mit der jetzigen Gebührenkalkulation die zusätzliche Beisetzung von Urnen auf Erdwahlstellen versagt werden. Dieser Meinung schließen sich mehrere Mitglieder an.

Herr Gruschka bittet um eine Auflistung, auf welchen Friedhöfen Baumgräber angeboten werden, da dies nicht auf jedem Potsdamer Friedhof möglich ist. Diese Liste könnte auch als Anlage aufgenommen werden.

Zum § 35 (3) fragt Herr Dr. Seidel, ob es eine Möglichkeit gibt, dies generell bei der Gebühr zu berücksichtigen (Entfernung und Beseitigung von Grabmalen).

Herr Butzmann erklärt, dass diese Gebühr erst nach ca. 20 Jahren zum Tragen kommt. Diejenigen, die vor 20 Jahren die Grabstelle bestellt haben, haben seinerzeit diese Gebühren nicht bezahlt. Erst seit der Satzungsänderung von 2001 ist dies zu Beginn der Nutzung berücksichtigt.

Herr Dr. Seidel bittet, dies dann auch so zu formulieren, dass der Übergangsch-

rakter der Regelung erkennbar ist.

Frau Spillner begrüßt die Einrichtung der Kommission unter Einbeziehung der Gewerbetreibenden. Sie regt an, auch interessierte Bürger in die Friedhofskommission aufzunehmen.

Herr Butzmann regt an, dass ein Vertreter des KOUL-Ausschusses in der Friedhofskommission mitarbeitet.

Bezüglich der Kommission formuliert der Vorsitzende für den Ausschuss die Erwartung, dass eine breite Interessenvertretung realisiert und der Ausschuss über die Zusammensetzung zeitnah nach Gründung der Kommission informiert wird. Die Verwaltung sichert dies zu.

Die Drucksache wird zurückgestellt.

zu 3.2 Parken außerhalb der Marktzeiten auf dem Bassinplatz Vorlage: 08/SVV/0949

Herr Rietz macht darauf aufmerksam, dass der Antrag im Zusammenhang mit dem Antrag zur Umgestaltung des Marktes (DS 08/SVV/1047) beraten werden sollte.

Herr Dr. Seidel weist darauf hin, dass dieser Antrag nicht in den KOUL-Ausschuss überwiesen wurde.

Herr Rietz stellt den Antrag bis April 2009 zurück, um diesen dann gemeinsam mit den Ergebnissen aus dem Beschluss 08/SVV/1047 zu beraten.

zu 3.3 Sommertarife für Erdwärme Vorlage: 08/SVV/0968

Herr Engler weist darauf hin, dass der Antrag richtig „Sommertarife für **Fernwärme**“ heißen muss.

Er bringt den Antrag ein und begründet diesen.

Herr Linke weist auf das Pilotprojekt der Stadtwerke hin.

Herr Klamke regt an, dass alle Gebäude, die an die Fernwärme angeschlossen sind, zukünftig keine Baugenehmigung für Klimaanlage bekommen, die mit Strom betrieben werden, sondern nur noch für Absorptionskälteanlagen.

Herr Schwarze bittet darum, dass man vor einer derartigen Beschlussfassung erst eine Prüfung vornimmt.

Frau Oldenburg regt eine Abänderung des Antrages an, und für die Nutzer von Absorptionskälteanlagen einen Sommertarif einzurichten.

Herr Rietz spricht sich für den Prüfauftrag aus und weist darauf hin, dass die von Frau Oldenburg angeregte Zielrichtung bereits im Antragstext enthalten ist.

Herr Engler weist darauf hin, dass die TU Berlin dazu eine umfangreiche Studie betrieben hat.

Beschlusstext:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt die Einführung eines speziellen Sommer-
tarifes für Fernwärme zu prüfen. Dieser Tarif soll Nutzern von Absorbtkäl-
teanlagen als Alternative zu herkömmlichen Klimageräten angeboten werden,
weiterhin soll dieser Tarif beworben und zukünftigen Bauherren bekannt gemacht
werden.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 11

Ablehnung: 0

Stimmenthaltung: 0

Dem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

zu 3.4 **Konzepte zur Prüfung der Verbesserung der Energieeffizienz und Umset-
zungsmöglichkeiten von Contracting**
Vorlage: 08/SVV/0969

Herr Engler bringt den Antrag ein und begründet diesen.

Herr Klamke erklärt, dass Einsparungen bereits erreichbar wären, wenn die Anla-
gen optimal eingestellt werden würden. Er verweist auf das Beispiel Biospäre.

Herr Dr. Seidel schlägt vor diese Zweistufigkeit deutlich zu machen und den An-
tragstext wie folgt zu ergänzen: „... der Energieeffizienz und **gegebenenfalls**
auch Umsetzungsmöglichkeiten...“

Herr Engler übernimmt diese Formulierung.

Geänderter Beschlusstext:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt für alle kommunalen Liegenschaften Kon-
zepte zur Prüfung der Verbesserung der Energieeffizienz und **gegebenenfalls**
auch Umsetzungsmöglichkeiten von Contracting erstellen zu lassen

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 9

Ablehnung: 1

Stimmenthaltung: 1

Dem geänderten Antrag wird zugestimmt.

zu 3.5 **Vereinbarung von Prioritäten für die Verbindliche Bauleitplanung, hier: Ak-
tualisierung der Prioritätenfestlegung**
Vorlage: 08/SVV/0991

Herr Dr. Seidel schlägt vor, auf die Einbringung der Drucksache zu verzichten,
da diese bereits ausführlich im Ausschuss für Stadtplanung und Bauen behandelt
wurde. Er berichtet, dass der Ausschuss für Stadtplanung und Bauen einstimmig
folgende Ergänzung beschlossen hat und bringt dies als Änderungsantrag ein:
„Das *Bebauungsplanverfahren 35-1 „Nördliche Berliner Vorstadt“* wird als Nach-
rücker in die *Priorität 1* eingeordnet, sobald ein sich gegenwärtig in *Priorität 1*
befindliches Verfahren beendet worden ist.“

Herr Jäkel bringt folgenden Änderungsantrag aus dem Ortsbeirat Eiche ein:
„Das Bebauungsplanverfahren Ehemalige Kaserne II (Eiche) (in Vorbereitung) wird als Nachrücker in die Priorität 1 eingeordnet, sobald ein sich gegenwärtig in Priorität 1 befindliches Verfahren beendet worden ist.“

Angesichts der Situation, dass nicht gleichzeitig zwei Planverfahren als erste Nachrücker festgelegt werden können, regt der Vorsitzende an, diese Diskussion zuständigkeitshalber im Bauausschuss zu führen. Herr Dr. Seidel zieht den oben eingebrachten Änderungsantrag zurück und bittet Herrn Jäkel, ebenso zu verfahren. Herr Jäkel folgt dem Vorschlag des Vorsitzenden.

Beschlusstext:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:
Prioritäten im Bereich Verbindliche Bauleitplanung für die Jahre 2009 bis 2010 gemäß der in Anlage 1 dargestellte Kurzübersicht auf Grundlage der im Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 07.03.2001 zur Vereinbarung von Prioritäten für die Verbindliche Bauleitplanung (DS 01/059/2) getroffenen Festlegungen und dazu nachfolgender Beschlüsse.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 8
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 3

Der Drucksache wird zugestimmt.

zu 3.6 Anwohnerparkplätze Auf dem Kiewitt
Vorlage: 08/SVV/1009

Herr Dr. Seidel informiert, dass der Ausschuss für Stadtplanung und Bauen den Antrag mehrheitlich empfohlen hat.

Herr Jäkel bringt den Antrag ein und begründet diesen. Er ändert den letzten Satz des Antrages wie folgt:

*Das Ergebnis der Prüfung ist den **Fachausschüssen Stadtplanung und Bauen sowie Klima, Ordnung, Umwelt und Landwirtschaft im April 2009** vorzulegen.*

Geänderter Beschlusstext:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:
Der Oberbürgermeister wird beauftragt, kurzfristig untersuchen zu lassen, wie zusätzliche Anwohnerparkplätze Auf dem Kiewitt eingerichtet werden können. Dazu wird er beauftragt, in Gesprächen mit dem Erwerber der Liegenschaft Auf dem Kiewitt 21, Flur 23 (vormals Kita, später Lidl) zu erörtern, ob einige der momentan dort vorhandenen Stellplätze für Anwohner der benachbarten Hochhäuser erhalten werden können und ob in der geplanten Stellplatzanlage einige Plätze für die Mieter der benachbarten Hochhäuser eingerichtet werden können. Weiterhin wird er beauftragt zu prüfen, ob auf der Fläche der inzwischen abgebrochenen früheren Heizungszentrale des Kiewitt einige Mieterparkplätze eingerichtet werden können.

Das Ergebnis der Prüfung ist den **Fachausschüssen Stadtplanung und Bauen sowie Klima, Ordnung, Umwelt und Landwirtschaft im April 2009** vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 7
Ablehnung: 3

Stimmenthaltung: 1
Dem geänderten Antrag wird zugestimmt.

zu 3.7 Aufstellungsbeschluss zum Bebauungsplan Nr. 119 "Auf dem Kiewitt"
Vorlage: 08/SVV/1014

Herr Goetzmann bringt die Drucksache ein und gibt Erläuterungen.

Herr Dr. Seidel informiert, dass der Ausschuss für Stadtplanung und Bauen die vorliegende Drucksache abgelehnt hat.

Herr Jäkel kann das Vorhaben grundsätzlich unterstützen, es sollte aber eine Rückkopplung mit den unmittelbaren Nachbarn erfolgen. Er stimmt einer Bebauung zu, aber die Genossenschaften und Bürger sollten hier unbedingt einbezogen werden.

Frau Müller weist darauf hin, dass in den Medien zu lesen war, dass Potsdam einen Notstand an ca. 700 Pflegebetten haben soll. Sie betont, dass dies nicht der Fall ist.

Herr Goetzmann erklärt, dass ein Bauantrag vorliegt, zu dem ein Bescheidungsanspruch besteht. Ohne den Aufstellungsbeschluss ist dieser Bauantrag zu genehmigen. Er informiert, dass hier ein Entscheidungsdruck für die Verwaltung besteht. Er macht auch deutlich, dass es in einem Baugenehmigungsverfahren keine Möglichkeit der Bürgerbeteiligung gibt. Es ist aber vorgesehen, dass über die Genossenschaften der umliegenden Wohngebäude die Mieter informiert werden.

Herr Dünn informiert über die Zustimmung der CDU-Fraktion und fordert dazu auf, das Bauvorhaben zu unterstützen.

Herr Dr. Seidel informiert, dass die SPD-Fraktion mehrheitlich das Bauvorhaben trägt. Gleichwohl wird er dem Aufstellungsbeschluss zustimmen, weil aus seiner Sicht mit den dort verankerten Planungszielen der sensiblen Situation in Ufernähe der Havelbucht überzeugend Rechnung getragen wird.

Frau Oldenburg unterstreicht, dass sich das Bauvorhaben in die Umgebung einordnet. Sie stimmt dem Vorhaben zu und wird der Drucksache somit die Zustimmung verweigern.

Herr Naber schließt sich den Ausführungen von Dr. Seidel an und schlägt vor, dem Aufstellungsbeschluss zuzustimmen.

Herr Utting macht darauf aufmerksam, dass hier nur die Aufgabe besteht, den Antrag aus Sicht der Umweltbelange zu prüfen. Er wird sich bei der Abstimmung zum Antrag enthalten, da sich die Fraktion noch nicht abschließen dazu verständigt hat.

Herr Dr. Schlomm wird dem vorliegenden Antrag nicht zustimmen.

Herr Henning bittet den Ausschuss, sich auf die Themen Ordnung und Umweltschutz zu konzentrieren. Er bittet darum, dass die möglichen Beeinträchtigungen, die durch das geplante Objekt erfolgt, thematisiert wird

Frau Schwarz (Behindertenbeirat) weist darauf hin, dass ältere Menschen vorzugsweise in Wohnungen und nicht in Heimen leben sollten. Sie verweist diesbezüglich auf eine Bundesinitiative.

Herr Willuhn (TLG Immobilien) erklärt, dass es ca. 450 Quadratmeter zusätzlicher Versiegelung mit dem Bau geben. Die große Platane wird erhalten bleiben. Das vorliegende Baumgutachten wird beachtet. Auch Baumeratzpflanzungen werden durchgeführt. Er macht auch deutlich, dass ein kontaminiertes Gebäude rückgebaut und fachgerecht entsorgt wird.

Beschlusstext:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Der Bebauungsplan Nr. 119 „Auf dem Kiewitt“ ist gemäß § 2 Abs. 1 BauGB aufzustellen (s. Anlage 1).
2. Das Bauleitplanverfahren ist mit der Priorität 2 Q entsprechend dem Beschluss der Stadtverordnetenversammlung zur Vereinbarung von Prioritäten für die Verbindliche Bauleitplanung vom 07.03.2001 und nachfolgender Aktualisierung durchzuführen (s. Anlage 2).

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 2

Ablehnung: 6

Stimmenthaltung: 3

Der Antrag wird abgelehnt.

**zu 3.8 Aufstellungsbeschluss zur 4. Änderung des Bebauungsplans Nr. 41 "Medienstadt Babelsberg"
Vorlage: 08/SVV/1016**

Herr Dr. Seidel informiert, dass der SB-Ausschuss der Drucksache einstimmig auf die nächste Ausschusssitzung zurückgestellt hat.

Er stellt folgenden Antrag zur Geschäftsordnung:

Vertagung der Vorlage auf die nächste Ausschusssitzung und Formulierung einer Alternative mit Freihaltung der Straßenbahntrasse.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 9

Ablehnung: 0

Stimmenthaltung: 0

Dem Antrag zur Geschäftsordnung wird zugestimmt.

**zu 3.9 Garagenstandortkonzept
Vorlage: 08/SVV/1026**

Herr Goetzmann bringt die Drucksache ein und gibt Erläuterungen.

Herr Dr. Wegewitz merkt an, dass in der Vorlage immer von juristischen Einzelpersonen die Rede ist. Er weist darauf hin, dass es „Einzelpersonen“ oder „juristische Personen“ gibt.

Er regt an, in diesem Fall richtigerweise von Einzelpersonen zu reden.

Herr Goetzmann erklärt, dass die vorliegende Drucksache das Ergebnis des Arbeitskreises sei und die Verwaltung keine eigenmächtigen Veränderungen vor-

nehmen könne. Hier müsste dann ein entsprechender Änderungsauftrag eingebracht werden.

Herr Vogel fragt, ob es Zahlen gibt, wie viele Garagen in den kommenden Jahren entfallen werden.

Herr Goetzmann erklärt, dass sich die Zahlen aus der Vorlage übertragen lassen. Er weist darauf hin, dass nicht alle Garagen als Stellplätze benutzt, sondern auch als Lagerräume genutzt werden.

Herr Jäkel bringt folgende zwei Änderungsanträge ein und begründet diese:

1. *In der Dokumentation der Einzelstandorte – Blatt Burgstraße – sind folgende Änderungen vorzunehmen:*

- *im Punkt Fläche ist zu korrigieren: neu ca. 1.800m² (anstelle 2.911 m²)*
- *im Punkt Planerische Ziele ist zu streichen: „Wohnen (Geschosswohnungsbau)“ und zu ergänzen „Erhalt des Garagenstandortes“*
- *im Punkt Handlungsbedarf ist zu streichen: „Suche nach Träger Geschosswohnungsbau“ und zu ergänzen: „Miet- oder Kaufangebot an die Nutzer unterbreiten“.*

2. *In der Dokumentation der Einzelstandorte – Blatt Kiewitt – sind folgende Änderungen vorzunehmen:*

- *im Punkt Planungsrechtliche Bewertung ist zu streichen: „tangiert durch ISES-Planung*
- *im Punkt Planerische Ziele ist zu streichen: „Nichtstörendes Gewerbe“*
- *im Punkt Handlungsbedarf ist zu ergänzen: „Kaufangebot an die Nutzer unterbreiten“.*

Herr Goetzmann macht darauf aufmerksam, dass die Verwaltung die Empfehlungen des Arbeitskreises in der Anlage 1:1 übernommen hat. Wie schon angesprochen, können dort schlecht Änderungen vorgenommen werden.

Er bittet Herrn Jäkel dringend, die Änderungsanträge so umzuformulieren, dass sie Bestandteile des Beschlusstextes sind.

Herr Jäkel greift den Vorschlag von Herrn Goetzmann auf und beantragt folgende veränderte Ergänzungen:

Der Beschluss ist um folgende Punkte 4 und 5 zu ergänzen:

4. *Abweichend hiervon ist der Garagenstandort Burgstraße als solcher zu erhalten und den Nutzern ein Miet- oder Kaufangebot zu unterbreiten.*
5. *Abweichend hiervon ist der Garagenstandort Kiewitt als solcher zu erhalten und der Garagengemeinschaft ein Kaufangebot zu unterbreiten.*

Herr Naber weist darauf hin, dass diese Garagenstandorte für Geschosswohnungsbau geeignet sind. Er macht deutlich, dass diese Flächen bereits versiegelt sind und spricht sich gegen unnötige neue Versiegelungen von Flächen aus.

Herr Henning weist darauf hin, dass die Anlage 2 möglicherweise doppelt ausge reicht wurde.

Herr Goetzmann stellt fest, dass die Anlage 2 doppelt ausgereicht wurde.

Herr Utting macht darauf aufmerksam, dass sich der Ausschuss hier über städtebauliche Belange verständigt hat.

Er fragt, ob auch darüber nachgedacht wurde, wie neue Parkmöglichkeiten für die zusätzlichen Kraftfahrzeuge geschaffen werden.

Herr Dörschel weist darauf hin, dass diese Bereiche für Wohnungsbau hervorragend geeignet sind, da sie u.a. auch durch den ÖPNV erschlossen sind.

Herr Dr. Seidel erinnert daran, dass an diesem Konzept auch die Fraktionen mitgearbeitet haben. Er stellt fest, dass ein großer Teil der Garagen erhalten bleibt.

Es erfolgt die Abstimmung zu den Ergänzungsanträgen von Herrn Jäkel.

Ergänzungsantrag:

Abweichend hiervon ist der Garagenstandort Burgstraße als solcher zu erhalten und den Nutzern ein Miet- oder Kaufangebot zu unterbreiten.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 4

Ablehnung: 6

Stimmenthaltung: 1

Der Ergänzungsantrag wird abgelehnt.

Ergänzungsantrag:

Abweichend hiervon ist der Garagenstandort Kiewitt als solcher zu erhalten und der Garagengemeinschaft ein Kaufangebot zu unterbreiten.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 4

Ablehnung: 6

Stimmenthaltung: 1

Der Ergänzungsantrag wird abgelehnt.

Beschlusstext:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Im weiteren Umgang mit den in städtischem Eigentum befindlichen Garagenstandorten ist entsprechend den Empfehlungen des Arbeitskreises Garagenstandortkonzept (**Anlage 1**) zu verfahren.
2. Abweichend hiervon sind entsprechend der Entscheidung zur DS 08/SVV/0831 die unter dem Titel Tiroler Damm zusammengefassten Standorte für einen Zeitraum von 10 Jahren vertraglich zu sichern. Die durch den Arbeitskreis bestätigte Empfehlung einer Grundstücksneuordnung auf Grundlage eines planerischen Konzeptes ist nicht in Angriff zu nehmen.
3. Etwaige Orientierungen für Gesellschafterbeschlüsse bei der Verwertung von Garagenstandorten, die bereits an die ProPotsdam veräußert worden sind, bleiben der jeweiligen Beratung im Hauptausschuss vorbehalten.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 7

Ablehnung: 3

Stimmenthaltung: 1

Dem Antrag wird zugestimmt.

zu 3.10 ÖPNV-Potenziale besser erschließen
Vorlage: 08/SVV/1046

Der Vorsitzende informiert, dass der Ausschuss für Stadtplanung und Bauen die Drucksache mit einer Ergänzung aus dem Ortsbeirat Marquardt der Stadtverord-

netenversammlung mehrheitlich zum Beschluss empfohlen hat. Er informiert weiter, dass die Verwaltung eine Teilnahme von Herrn Weis (Geschäftsführer ViP) an der heutigen Beratung angeregt hat. Aus seiner Sicht war das nicht erforderlich, weil eine umfangreiche Vorstellung des neuen Fahrplankonzeptes bereits im Ausschuss für SB stattgefunden hat. Er informiert über vorgesehene Veränderungen, soweit diese den ländlichen Raum betreffen.

Der Antragsteller übernimmt die Ergänzung des OBR Marquardt.

Geänderter Beschlusstext:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, zusätzliche Potenziale zur verstärkten Nutzung der öffentlichen Verkehrsmittel zu erschließen. Damit sollen vor allem die Staus in den Spitzenzeiten auf den Bundesstraßen B1, B2, und B 273 im Stadtgebiet reduziert werden. **Zur Entlastung des stadteinwärts führenden Verkehrs ist auf der B 273 durch die Schaffung einer geeigneten Parkmöglichkeit eine weiterführende Busverbindung einzurichten (Parken und Reisen).** Die Vorschläge sollen insbesondere dazu führen, den PKW-Verkehr, der die Arbeitsstätten in der Landeshauptstadt zum Ziel hat, durch die Verbesserung der Möglichkeiten zum Umsteigen auf den ÖPNV zu reduzieren. Fahrplanreserven beim ÖPNV sind durch neue bzw. weitergehende Angebote zu nutzen. Ein erster Bericht ist dazu im ersten Halbjahr 2009 vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 8

Ablehnung: 0

Stimmenthaltung: 3

Der geänderte Antrag wird zugestimmt.

**zu 3.11 Durchgangsweg zwischen Habichtsweg und Kirschallee
Vorlage: 08/SVV/1051**

Herr Utting bittet, die Drucksache zu vertagen, bis sich der Ausschuss für Stadtplanung und Bauen sich zu diesem Antrag verständigt hat.

zu 4 Mitteilungen der Verwaltung

**zu 4.1 Fahrradtauglichkeit für Uferweg Leipziger Straße bis Hermannswerder
Vorlage: 08/SVV/1070**

Herr Goetzmann gibt Erläuterungen zur Mitteilungsvorlage.

Herr Naber fragt, welches Problem im Bereich des Wasserwerkes besteht.

Herr Goetzmann erklärt, dass sich dieser Bereich in der Wasserschutzzone 1 befindet, was bedeutet, dass das Betreten nur durch autorisiertes Personal gestattet ist. Bei einer Neuordnung könnte dieser Bereich in Wasserschutzzone 2 eingestuft werden. Diesbezüglich laufen die notwendigen Vorbereitungen für die neue Verordnung von der man derzeit nicht sagen kann, wann diese in Kraft tritt.

Frau Schwarz (Behindertenbeirat) weist darauf hin, dass die Uferwege auf Hermannswerder häufig durch Rollstuhlfahrer genutzt werden, da dort die Behindertenwerkstätten und Wohnungen für Behinderte sind.

Auf Nachfrage von Dr. Seidel bestätigt Herr Goetzmann, dass nach dem jetzt vorgelegten Konzept die gesamte Strecke durch Fahrrad- und Rollstuhlfahrer befahrbar ist und es keine Treppen bzw. Steilrampen geben wird.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

zu 4.2 Gebühren für die Abwasserentsorgung **Vorlage: 08/SVV/1093**

Herr Rietz äußert seine Unzufriedenheit über den Inhalt der vorliegenden Mitteilungsvorlage. Er erwartet von der Verwaltung an dieser Stelle einen positiven Ansatz. Herr Rietz verweist auf die Schmutzwassergebührensatzung des Wasserverbandes Strausberg-Erkner, die er als Anhang zum Protokoll zur Kenntnis geben wird. Hier ist durchaus eine Einheitsgebühr möglich.

Herr Klamke weist darauf hin, dass es nicht nur in den vormals neuen Ortsteilen noch Sammelgruben gibt.

Herr Jäkel bittet zu überlegen, dass es keine Schlechterstellung derjenigen Potsdamer geben darf, deren Abwasserentsorgung über eine Sammelgrube erfolgt.

Für Frau Oldenburg erschließt sich nicht, dass die Verwaltung jetzt schon aus sagt, dass eine Einheitsgebühr nicht umsetzbar ist, aber das Prüfergebnis erst im November vorliegt.

Herr Schenke erklärt, dass die Verwaltung davon ausgeht, dass die Einführung einer Einheitsgebühr rechtlich nicht möglich ist. Eine genaue Prüfung erfolgt derzeit noch. Das Ergebnis der Prüfung liegt im November 2009 vor. Bei dezentraler Abwasserentsorgung entsteht ein höherer Aufwand und somit eine höhere Gebühr.

Er macht auch darauf aufmerksam, dass bei Gartensparten die Frischwasserlieferung nicht auf die einzelnen Parzellen aufgeschlüsselt werden kann. Hier erfolgt eine Gesamterfassung, da eine Einzelerfassung einer kostenaufwändigen Nachrüstung bedarf.

Herr Becker weist darauf hin, dass es 2006 in Uetz-Paaren eine Verständigung darüber gab, dass in Uetz-Paaren die dezentrale Abwasserentsorgung durch Kleinkläranlagen erfolgen sollte. Da dies so nicht möglich ist, appelliert er daran, dass Solidaritätsprinzip anzuwenden. Bei Einführung einer einheitlichen Gebühr wäre die Pro-Kopf-Belastung für die Bürger im Kerngebiet der Stadt um ein Vielfaches geringer als die derzeitige Belastung für die Einwohner des OT Uetz-Paaren.

Herr Henning macht deutlich, dass die Kleingärtner damit vor ein großes Problem gestellt werden. Der Verwaltung sollte die entsprechende Zeit zur Prüfung eingeräumt werden.

Der Vorsitzende bittet die Verwaltung, eine mögliche Beschleunigung des Verfahrens zu prüfen, um möglichst schon vor November 2009 das Prüfergebnis vorlegen zu können. Die Forderung nach Gebührenwirksamkeit zum 1.1.2010 sei nachvollziehbar, allerdings müssten alle Konsequenzen sachgerecht geprüft werden (Kleingärten).

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

zu 5 Berichte und Informationen

zu 5.1 Prüfergebnis zur DS 08/SVV/0964 - Umwidmung der Straße "Am Sandberg"

Die Information der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

zu 5.2 Feinstaubmessung auf der Zeppelinstraße

Herr Ernst informiert, dass sich die Verwaltung aufgrund des Hinweises von Herrn Dr. Seidel in der letzten Sitzung des KOUL-Ausschusses mit dem Ministerium für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Verbraucherschutz (MLUV) in Verbindung gesetzt hat. Dort wurde bestätigt, dass im Rahmen eines Forschungsprojektes zu „Tendenzen der NO₂-Belastung in Brandenburg – Schlussfolgerungen für die Luftreinhaltepläne“ über einen längeren Zeitraum in verschiedenen Kommunen Untersuchungen durchgeführt werden.

Dazu wird im Rahmen der Luftreinhalteplanung zur Feinstaubminderung die Zusammensetzung der Fahrzeugflotte u.a. durch eine Kennzeichenerfassung durchgeführt. Die Erhebungen dienen der Zuordnung der Fahrzeuge zu unterschiedlichen Typen-, Hubraum- und Schadstoffklassen. Diese Ergebnisse wiederum sind ein Grundbaustein für weitere Untersuchungen und für die Fortschreibung der Berechnungsmodelle. Mit Hilfe dieser Auswertung können die Messergebnisse und Berechnungen aus den letzten Jahren mit der Verkehrssituation verglichen werden. Über die Ergebnisse wird im Rahmen des Luftreinhalte- und Aktionsplanes informiert.

Herr Henning fragt nach der rechtlichen Grundlage für die Feststellung der Kennzeichen der Fahrzeuge.

Dazu kann Herr Ernst keine Aussage treffen. Er hat Informationen, dass die Maßnahme mit dem Landesdatenschutzbeauftragten abgestimmt hat. Die Kennzeichen werden in der Auswertung anonymisiert.

Herr Jäkel fragt, zu welcher Uhrzeit die Messungen durchgeführt wurden und ob es möglich ist festzustellen, wie viele Fahrzeuge mit Potsdamer und wie viele mit auswärtigen Kennzeichen während der Messung erfasst wurden.

Da es sich um eine vom Land ausgelöste Messung handelt, können hierzu keine Angaben gemacht werden. Herr Ernst sichert erneute Kontaktaufnahme zu, kann aber nicht zusichern, dass die geforderte Information verfügbar sein wird.

zu 6 Sonstiges

Nächster Ausschuss für KOUL: 19. Februar 2009 18:00 Uhr

Dr. Christian Seidel
Ausschussvorsitzender

Martina Spyra
Schriftführerin